



Niederschrift **(öffentlicher Teil)**

über die 7. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom
05.04.2011

Anwesend:
siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:
Bürgermeister Richard Borgmann

Die Sitzung fand im Ausschusszimmer der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, statt.

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:20 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

2. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Märkte und Volksfeste der Stadt Lüdinghausen.
Vorlage: FB 4/237/2011
1. Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.
hier: Haus- und Straßensammlung sowie Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit
Vorlage: FB 4/229/2011
3. Änderung der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Stadt Lüdinghausen.
Vorlage: FB 4/238/2011
4. Parken auf öffentlichen Wegen und Plätzen in Lüdinghausen
hier: Änderung der Parkgebührenordnung
Vorlage: FB 4/236/2011
5. Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Gemeinde Nordkirchen und der Stadt Lüdinghausen über die Umsetzung des § 61 Landeswassergesetz NRW (LWG) zur Dichtheitsprüfung privater Abwasserleitungen
Vorlage: FB 1/259/2011
6. Budgetbuch 2011, Investitionsplan 2011-2014, Stellenplan 2011
Vorlage: FB 1/265/2011
7. Berichte
8. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

9. Grundstücksangelegenheiten
hier: Erwerb von Grundstücksflächen im Bereich der Bauerschaft Tetekum
Vorlage: FB 2/400/2011
10. Berichte
11. Anfragen

Aufgrund der Verspätung von Herrn Aslan wurde zunächst der Tagesordnungspunkt 2 beraten.

Öffentlicher Teil:

TOP 2) Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Märkte und Volksfeste der Stadt Lüdinghausen.
Vorlage: FB 4/237/2011

Herr Pieper erläutert die Sitzungsvorlage und weist daraufhin, dass die derzeit gültige Gebührensatzung bereits seit 1988 bestehe.

Stv. Möllmann erkundigt sich, ob die Gebühren für den Wochenmarkt in Seppenrade ebenfalls erhöht werden.

Herr Pieper bejaht dies.

Stv. Möllmann gibt zu bedenken, dass die Anzahl der Anbieter und die Attraktivität des Marktes ohnehin schon begrenzt sei.

Stv. Mönning hält die Gebührenerhöhung für angemessen.

Auch Stv. Spiekermann-Blankertz spricht sich für eine moderate Gebührenerhöhung aus.

Stv. Schwarzenberg fragt nach den Kosten für die tatsächliche Erhebung der Gebühren.

Herr Pieper erklärt, dass eine quartalsmäßige Abrechnung erfolge. Hiermit sei eine Mitarbeiterin ca. 2 – 3 Stunden pro Quartal beschäftigt.

Stv. Horstmann erfragt die Höhe des Beitrages, damit kostendeckend gearbeitet werden könne.

Herr Pieper gibt zu bedenken, dass in den Gesamtkosten auch Kosten für die Marktverlegungen aufgrund anderer Festivitäten enthalten seien. Theoretisch könnten diese Kosten auf Dritte umgelegt werden, jedoch sollten sie nicht den Marktbeschickern zugerechnet werden.

Beschluss:

Dem Rat wird empfohlen, die Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Märkte und Volksfeste der Stadt Lüdinghausen gemäß dem als Anlage beigefügten Entwurf zu beschließen.

-einstimmig-

TOP 1) Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. hier: Haus- und Straßensammlung sowie Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit Vorlage: FB 4/229/2011

Herr Aslan, Geschäftsführer des Bezirksverbandes Münster des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, stellt anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1) die Aufgaben der Organisation vor. Des Weiteren erläutert er die Vorgehensweise der Haus- und Straßensammlung sowie Möglichkeiten zukünftiger Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit.

Im Wesentlichen läge die Aufgabe darin, nach Kriegstoten zu suchen und somit zur Schicksalsaufklärung beizutragen. Der Schwerpunkt dieser Suche läge zur Zeit in Osteuropa. Jährlich werden hier noch zwischen 30.000 – 40.000 Kriegstote gefunden. Auch hier werde die Suche jedoch voraussichtlich innerhalb der nächsten 10 Jahre abgeschlossen sein. In Westeuropa sei der Friedhofsbau bereits so gut wie abgeschlossen.

Herr Aslan weist daraufhin, dass auch die Kriegsgräberfürsorge rechtliche Grundlagen habe. Hier zu nennen sei der Versailler Friedensvertrag von 1919, das Genfer Abkommen von 1949 sowie das Gräbergesetz von 1965 in der aktuellen Fassung vom 21.12.2004. Insbesondere sei § 2 des Gräbergesetzes zu erwähnen. Aus diesem gehe das dauernde Ruherecht für alle Kriegsgräber hervor.

Weiterhin informiert Herr Aslan darüber, dass auch kostenlose Bildungsveranstaltungen für Schulen durch den Verband abgeboten werden.

Er macht darauf aufmerksam, dass es weltweit ca. 250.000 bis 300.000 Kindersoldaten gebe. Der Einsatz der Kinder beginne ca. ab dem 7. Lebensjahr.

Bezüglich des Finanzierungsbedarfes erklärt Herr Aslan, dass jährlich ein Gesamtbedarf von 45 Mio. € bestehe. Der Volksbund müsse 85 % aus eigenen Mitteln finanzieren. Lediglich 15 % werden vom Staat für zweckgebundene Projekte bezuschusst.

Des Weiteren begründet er, warum die Unterstützung der Städte und Gemeinden so wichtig sei. Die praktische Begründung sei, dass Kriegsgräber im Ausland von Kriegstoten der Gemeinden gepflegt werden müssen. Ca. 282 Bürgerinnen und Bürger seien als Kriegstote auf Kriegsgräberstätten in aller Welt beigesetzt.

Auch gebe es hier eine ethnische Begründung. Allen Kriegstoten soll ein würdiges Begräbnis ermöglicht werden und somit auch eine mahnende Erinnerung erhalten bleiben.

Die erzieherische Begründung läge darin, dass hierdurch eine umfangreiche Bildungsarbeit ermöglicht werden könne. Hierzu werden Bildungsveranstaltungen sowie Infofahrten zu den Kriegsgräberstätten angeboten.

Stv. Spiekermann-Blankertz bedankt sich bei Herrn Aslan für die Präsentation. Er merkt an, dass viele Bürger ihr Unverständnis für die Haus- und Straßensammlung ausgesprochen haben. Durch die Erklärungen und Ausführungen von Herrn Aslan sei es jedoch nun möglich, den Bürgern näher zu bringen, wie wichtig und sinnvoll die Aufgabe sei.

Herr Aslan merkt an, dass auf Wunsch bzw. bei Bedarf auch eine Infoveranstaltung in der Gemeinde durchgeführt werden könne.

Stv. Schwarzenberg bedankt sich ebenfalls und äußert sein Erstaunen darüber, dass jährlich noch 30.000 bis 40.000 Kriegstote gefunden werden. Weiterhin fragt er nach, wie eine entsprechende Suche verlaufe bzw. woher der Volksbund seine Informationen erhalte.

Herr Aslan erklärt, dass eine Suche aufgrund der Aufzeichnungen der ehemaligen Wehrmacht sowie durch Aussagen von Zeitzeugen erfolge könne.

Stv. Krüger fragt an, wie groß die Organisation und wie hoch das Spendenaufkommen sei.

Herr Aslan erläutert, dass es 16 Landesverbände und eine Bundesgeschäftsstelle gebe. Insgesamt habe die Organisation ca. 600 Mitarbeiter. Beim Landesverband NRW seien 27 Mitarbeiter beschäftigt. Hauptsächlich handle es sich jedoch um ehrenamtliche Mitarbeiter.

Weiterhin merkt er an, dass die Bereitschaft zu Spenden in den letzten Jahren nachgelassen habe. Im letzten Jahr sei ein Defizit in Höhe von 1 Mio. Euro entstanden.

Stv. Weiland erkundigt sich, wie die Akzeptanz in der Kommune für diese Aufgabe sei.

Bürgermeister Borgmann weist daraufhin, dass die Bereitschaft zur Mitwirkung von Jahr zu Jahr weniger werde.

Stv. Weiland merkt an, dass die Motivation durch entsprechende Informationsveranstaltungen, wie die hiesige, eventuell gefördert werden könne, da viele im Raum stehende Fragen beantwortet werden können.

Stv. Breitbach bedauert die sinkende Bereitschaft für diese Arbeit. Er sei der Meinung, dass die Öffentlichkeit mehr über dieses Thema informiert werden müsse, damit die Bereitschaft und Akzeptanz für diese steige.

Bürgermeister Borgmann bedankt sich bei Herr Aslan für den Vortrag und die Beantwortung der Fragen.

**TOP 3) Änderung der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für
Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Stadt Lüdinghausen.
Vorlage: FB 4/238/2011**

Beigeordnete Karasch erläutert die Sitzungsvorlage. Sie erklärt, dass eine Gebührenerhöhung um 15 % erfolgen soll und verweist auf die Gebührengegenüberstellung.

Beschluss:

Dem Rat wird empfohlen, die Änderung der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen in der Stadt Lüdinghausen gemäß dem als Anlage beigefügten Entwurf zu beschließen.

-einstimmig-

**TOP 4) Parken auf öffentlichen Wegen und Plätzen in Lüdinghausen
hier: Änderung der Parkgebührenordnung
Vorlage: FB 4/236/2011**

Beigeordnete Karasch erläutert die Sitzungsvorlage.

Bürgermeister Borgmann merkt an, dass sich der Vorstand von Lüdinghausen Marketing an die Verwaltung gewandt und nochmals um ein Gespräch gebeten habe.

Nach seiner Auffassung solle über diesen Tagesordnungspunkt erst in der Ratssitzung am 12.04.2011 entschieden werden, nachdem das Gespräch mit Lüdinghausen Marketing bzw. den Kaufleuten stattgefunden habe.

Stv. Dr. Waldt befürwortet die Verschiebung der Entscheidung über diesen Tagesordnungspunkt. Er sei ebenfalls der Meinung, dass vorab noch das Gespräch mit den Kaufleuten erfolgen solle.

Nach seiner Auffassung solle jedoch nicht nur der Aspekt der Gebührenerhöhung betrachtet werden, sondern die Gesamtheit des Parksystems solle bei dem Gespräch im Vordergrund stehen. Er weist daraufhin, dass die Stadt Lüdinghausen über ein gutes und engmaschiges Parksystem verfüge. Es solle jedoch schon bei den Hinweisschildern auf die unterschiedlichen Parkplatztypen (gebührenpflichtig/gebührenfrei) hingewiesen werden.

Stv. Mönning gibt zu bedenken, dass die besten Parkplätze bereits frühzeitig durch die Kaufleute und die Mitarbeiter der Verwaltung blockiert werden und dadurch die Parkmöglichkeiten für den Rest des Tages eingeschränkt seien.

Stv. Spiekermann-Blankertz spricht sich ebenfalls gegen eine abschließende Beratung aus. Bezüglich des Parkleitsystems stimme er Stv. Dr. Waldt zu.

Stv. Schwarzenberg merkt an, dass die Gebührenerhöhung ein legitimer Ansatz sei, um eine Verbesserung der Haushaltssituation zu erzielen. Des Weiteren macht er darauf aufmerksam, dass sich die Situation in der Parkraumwirtschaft in den letzten Jahren verändert habe. Durch den neuen Aldi und Bruno Kleine seien viele Parkplätze hinzugekommen. Die Erhöhung der Parkgebühren sei berechtigt. Sie dürfe jedoch nicht zu Lasten der Unternehmer im Innenstadtbereich führen.

Stv. Kehl weist daraufhin, dass in vielen anderen Kommunen das Parken insgesamt gebührenfrei sei. Grundsätzlich sei dies ein schwieriges Thema, dass auch bei einer sachlichen Diskussion keinen hundertprozentigen Konsens erreichen werde.

Beschluss:

Der HFA beschließt, dass die Entscheidung über die Änderung der Parkgebührenordnung über gebührenpflichtiges Parken in Lüdinghausen bis zur Ratssitzung am 12.04.2011 vertagt wird.

-einstimmig-

TOP 5) Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Gemeinde Nordkirchen und der Stadt Lüdinghausen über die Umsetzung des § 61 Landeswassergesetz NRW (LWG) zur Dichtheitsprüfung privater Abwasserleitungen

Vorlage: FB 1/259/2011

Herr Kortendieck erläutert die Sitzungsvorlage und teilt mit, dass die Vereinbarung zum 01.05.2011 in Kraft treten solle.

Stv. Zanirato begrüßt die Kooperation. Er spricht sich dafür aus, dass eine derartige Kooperation durchaus auch in anderen Bereichen abgeschlossen werden solle.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat, dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Gemeinde Nordkirchen und der Stadt Lüdinghausen über die Umsetzung des § 61 a LWG zur Dichtheitsprüfung privater Abwasserleitungen zuzustimmen.

-einstimmig-

TOP 6) Budgetbuch 2011, Investitionsplan 2011-2014, Stellenplan 2011

Vorlage: FB 1/265/2011

Herr Tuschmann erläutert die Sitzungsvorlage.

Aus dem Vorbericht der Sitzungsvorlage gehe hervor, dass für die Baumaßnahme der Mensa des Canisianum Mehrkosten in Höhe von 50.000,00 € angefallen seien, die von der Stadt nicht berücksichtigt werden. Stv. Mönning und Stv. Spiekermann-Blankertz bitten um nähere Erläuterungen hierzu.

Bürgermeister Borgmann erklärt, dass der Gymnasialverein eine entsprechende Planung für den Mensabau vorgelegt habe. Dementsprechend wurde eine Kostenübernahme erteilt.

Aufgrund von Änderungen sind entsprechende Mehrkosten in Höhe von 50.000,00 € angefallen. Eine Zusage zur Übernahme der Mehrkosten durch die Stadt, wurde durch den Gymnasialverein nicht eingeholt. Da die Kosten bereits durch den Gymnasialverein gedeckt worden seien, sieht die Verwaltung keine Notwendigkeit den v. g. Betrag im Haushaltsplanentwurf 2011 zu berücksichtigen.

Stv. Spiekermann-Blankertz fragt an, ob es möglich sei, die Umbaumaßnahmen des Chemieraums zu verschieben und stattdessen die Kosten für den Mensabau zu übernehmen.

Bürgermeister Borgmann erklärt, dass die zusätzlichen Kosten leider aufgrund der schwierigen Haushaltslage nicht übernommen werden könnten. Die Einrichtung des Chemieraums sehe die Verwaltung als notwendig an.

Auch Stv. Schwarzenberg ist der Meinung, dass die Vorgehensweise des Canisianum nicht in Ordnung gewesen sei und sie daher für ihre Handlung gerade stehen müssen.

Stv. Dr. Waldt äußert, dass die Baumaßnahme grundsätzlich eine gute Sache sei und er auch gerne einer Kostenübernahme zustimmen würde. Jedoch angesichts dessen, dass der Verein die Kosten bereits gezahlt habe und viele Maßnahmen bereits aus dem Haushalt gestrichen worden seien, solle eine Übernahme nicht erfolgen. Er weist ebenfalls daraufhin, dass notwendige Baumaßnahmen an der Hauptschule nicht durchgeführt werden können.

Produkt 02100 Gefahrenabwehr/Ordnungsmaßnahmen

Stv. Mönning bemängelt die Anzahl der genehmigten 132 Osterfeuer. Dies sei eine unzumutbare Belastung für die Umwelt. Es gebe keine Kontrolle darüber, was alles verbrannt werde. Die Anzahl solle deutlich reduziert werden.

Stv. Dr. Waldt hingegen ist der Meinung, dass es sich bei den Osterfeuern um eine Tradition handle. Hier solle mehr Toleranz aufgebracht werden.

Stv. Spiekermann-Blankertz merkt an, dass dies auch in anderen Kommunen diskutiert werde. Seiner Meinung nach wäre es ausreichend, je Bauernschaft ein Osterfeuer zu genehmigen, sowie jeweils ein Osterfeuer in Lüdinghausen und Seppenrade.

Produkt 020206 Marktwesen

Stv. Schwarzenberg fragt nach, ob sich die Personalaufwendungen aufgrund personeller Veränderungen halbiert haben.

Herr Kortendieck erläutert, dass die Personalkosten lediglich prozentual umverteilt worden seien.

Produkt 021100 Familienstandsangelegenheiten

Stv. Möller erkundigt sich, wie es möglich sein kann, dass trotz der Gebührenerhöhung für Trauungen ein Defizit vorhanden sei.

Herr Pieper erklärt, dass lediglich die Gebühr für Trauungen in der Burg erhöht worden sei. Hinzu komme, dass die Anzahl der Trauungen in 2010 geringer war als in 2009.

Stv. Mönning informiert sich, warum der Ansatz für Software für das Jahr 2011 mehr als doppelt so hoch sei wie der Ansatz für 2010.

Herr Kortendieck teilt mit, dass es eine Änderung im Personenstandsgesetz gegeben habe. Eine Führung der Personenstandsdaten muss nun auf dem elektronischen Wege erfolgen,

nicht mehr wie bisher in Papierform. Dementsprechend fallen für die Software höhere Kosten an.

Stv. Wippich erkundigt sich, warum das Sachkonto 527960 Kosten für Fam. Stammbücher einen negativen Betrag beinhalte.

Herr Pieper teilt mit, dass dies lediglich die Kosten für die Anschaffung der Stammbücher seien. Die Erträge aus dem Verkauf seien in dem Sachkonto 442101 aufgeführt.

Produkt 120107 Ruhender Verkehr/Parkplätze

Herr Pieper weist daraufhin, dass der Ansatz der Position 525504 Unterhaltung Geräte und Inventar von 3.900,00 € auf 6.000,00 € aufgestockt werden müsse. Grund hierfür sei eine erhebliche Beschädigung an dem Parkscheinautomaten hinter dem Kolpinghaus. Die Kosten für die Reparatur werden sich auf ca. 2.000,00 € belaufen.

Stv. Dr. Waldt schlägt vor, die Kosten hierfür über das Gesamtbudget zu decken, da es sich um deckungsgleiche Positionen handle.

Herr Pieper merkt an, dass der Haushalt ohnehin schon sehr eng gestrikt wäre.

Bürgermeister Borgmann äußert, dass eine entsprechende Überlegung bis zur Ratssitzung erfolgen werde.

Produkt 010607 Einkauf und allgemeine Dienste

Stv. Mönning fragt an, ob es konkrete Befürchtungen gebe oder warum der Ansatz des Sachkontos 529132 Sachverständigen-, Gerichts- u. ähnl. Kosten gegenüber dem Vorjahr um 12.000,00 €, von 7.000,00 € auf 19.000,00 € erhöht worden sei.

Herr Kortendieck teilt mit, dass der allg. Ansatz ca. 8.000,00 € bis 10.000,00 € betrage. Da die Verwaltung jedoch beabsichtige, eine neue Telekommunikationsanlage anzuschaffen und hier für Beratungsleistungen eingekauft werden sollen, sei der Ansatz entsprechend erhöht worden.

Produkt 010800 Personalwirtschaft und Organisation

Stv. Horstmann möchte wissen, warum der Ansatz der Personalaufwendungen für 2011 so gering ausfällt.

Herr Kortendieck erläutert hierzu, dass durch Auflösung der Rückstellungsposition für Altersteilzeit ein entsprechender Ertrag erzielt werden konnte.

Stv. Horstmann weist daraufhin, dass dies doch keine Einnahme darstelle.

Herr Kortendieck erklärt, dass der Ertrag aus der Auflösung, den Aufwendungen gegen gerechnet werden könne.

Produkt 021000 Bürgerbüro

Stv. Mönning kritisiert, dass den Kommunen aufgrund des neuen Personalausweises Zusatzkosten durch den Bund auferlegt werden. Ärgerlich sei es, dass Zusatzaufgaben übernommen werden müssen, hierfür jedoch keine Kostenerstattung erfolge.

Produkt 150100 Wirtschaftsförderung

Herr Mönning weist daraufhin, dass die Erhebung von Kennzahlen und Leistungsdaten in diesen Produkt nicht sinnvoll sei. Er schlägt vor, hierauf zu verzichten.

Stellenplan Teil A: Beamte

Stv. Schwarzenberg erkundigt sich, welcher Personenkreis unter den Bereich Zahl der Stellen – davon ausgesondert- falle.

Herr Kortendieck erläutert, dass hier die kommunalen Wahlbeamten, sowie das Personal der Volkshochschule aufgeführt sei.

Teil B: Tariflich Beschäftigte

Stv. Mönning macht darauf aufmerksam, dass es durchaus Einsparmöglichkeiten im Bereich des Baubetriebshofes gebe und eine Reduzierung der Stellen zum jetzigen Zeitpunkt möglich sein müsse.

Herr Kortendieck teilt mit, dass im Jahr 2012 der erste Mitarbeiter aufgrund der regulären Altersrente ausscheide.

Produkt 011300 Liegenschaften

Stv. Mönning macht darauf aufmerksam, dass über dieses Produkt noch nicht entschieden werden könne, da zunächst über den Tagesordnungspunkt im nicht öffentlichen Teil abgestimmt werden müsse.

Stv. Schwarzenberg vertritt die Auffassung, dass der Ansatz unabhängig von dem Grundstückserwerb beschlossen werden könne. Es sei lediglich eine Reaktion auf die bisherige Entwicklung.

Bürgermeister Borgmann weist daraufhin, dass im Rat noch anders entschieden werden könne.

Auch Stv. Dr. Waldt sei der Meinung, dass eine Abstimmung erfolgen könne. Es handle sich hier lediglich um einen Haushaltsansatz. In seinen Augen sei die Höhe des Ansatzes vernünftig gewählt.

Beschluss

(Antrag der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen)

Der Ansatz in dem Produkt 011300 Sachkonto 200xxGRUND Grunderwerb wird um den Kaufpreis des Grundstückes aus dem nicht öffentlichen Teil gekürzt.

Ja-Stimmen: 3

Nein-Stimmen: 16

Enthaltung: 1

Produkt 160101 zentrale Finanzwirtschaft

Stv. Mönning erkundigt sich, ob es konkrete Neuigkeiten zur Infrastrukturgesellschaft gebe.

Bürgermeister Borgmann antwortet, dass die erste Phase inzwischen beendet sei. Bis zu den Sommerferien sollen die Bewerber entsprechende Angebote abgegeben haben. Er gehe davon aus, dass die Angelegenheit Ende des Jahres abgeschlossen werden könne.

Stv. Möllmann merkt an, dass die Infrastrukturgesellschaft mit der Höhe der Konzessionsabgaben nichts zu tun habe.

Produkt 160102 Steuern und Gebühren

Stv. Mönning merkt an, dass die Stadt ihre eigene finanzielle Basis stärken müsse. Es sei richtig die Gewerbesteuer zu erhöhen. Er vertrete jedoch die Meinung, dass sowohl die

Grundsteuer A/B als auch die Gewerbesteuer bereits im Jahre 2011 auf den ursprünglich im Jahre 2012 vorgesehenen Prozentsatz erhöht werden solle.

Er vertritt die Meinung, dass die Stadt mit dem Hallenbad etwas für den Bürger getan habe und der Bürger nun auch entsprechende Zahlungen leisten müsse.

Auch Stv. Schwarzenberg findet die Zielsetzung der Verwaltung in Ordnung. Er weist jedoch darauf hin, dass über die Einnahmen keine spürbare Verbesserung des Defizits erfolgen könne. Der nächste Schritt sei, zu prüfen, in welchen Bereichen noch Einsparungen möglich seien.

Stv. Kehl fragt nach, ob bei einem Beschluss über die Hebesatzerhöhung diese auch für 2012 bereits verbindlich sei.

Herr Tuschmann weist daraufhin, dass die Hebesätze für 2012 nur verbindlich werden, wenn auch eine entsprechende Hebesatzsatzung für 2012 beschlossen werde.

Bürgermeister Borgmann stellt klar, dass spätestens beim Versand der Gebührenbescheide die Höhe feststehen müsse. Die Hebesatzerhöhung für das Jahr 2012 kann daher auch noch im Dezember 2011 beschlossen werden.

Stv. Kehl fragt an, ob eine rückwirkende Erhöhung der Vergnügungs-, der Hunde- und der Zweitwohnungssteuer zum 01.01.2011 noch möglich sei.

Herr Tuschmann verneint dies.

Stv. Kehl ist der Auffassung, dass die Hebesatzerhöhung in dem vorgesehenen Umfang nicht ausreichend sei. Weiterhin solle noch mehr an der Ausgabenseite gearbeitet werden. Des Weiteren müsse der Bürger besser darüber informiert werden, welche Belastungen auf ihn zukommen. Es sei jedoch auch darauf zu achten, wann die Unzumutbarkeit für den Bürger erreicht sei. Er schlage daher vor die Gewerbesteuer rückwirkend ab dem 01.01.2011 auf 440 % zu erhöhen. Im Jahr 2012 soll die Gewerbesteuer nicht erhöht werden. Die Grundsteuer A soll 2011 auf 260 % erhöht werden und die Grundsteuer B auf 460 %. Er trage bis auf die Gewerbesteuererhöhung den Vorschlag der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen mit. Es gilt den Wirtschaftsstandort Lüdinghausen zu sichern.

Aufgrund der Aussage von Stv. Kehl beantragt Stv. Mönning lediglich die Erhöhung der Grundsteuer A und Grundsteuer B wie für 2012 vorgesehen. Die Gewerbesteuer soll lediglich wie vorgesehen auf 440 % erhöht werden.

Beschluss

(Antrag der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen)

Die Grundsteuer A wird rückwirkend zum 01.01.2011 auf 260 % und die Grundsteuer B auf 460 % erhöht.

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 14
Enthaltungen: 0

Stv. Dr. Waldt macht darauf aufmerksam, dass die Hebesätze auf Dauer erhöht werden müssen. Es konnte niemand ahnen, dass die Schlüsselzuweisungen um 1,5 Mio. Euro geringer ausfallen. Das hiesige Finanzproblem muss in seinen Augen gemeinsam mit den Bürgern geklärt werden.

Stv. Schwarzenberg äußert, dass der Ansatz der Verwaltung gut sei. Aufgrund der nachträglichen Steuererhöhung dürfe diese jedoch nur moderat erhöht werden. Sowohl in 2011 als auch in 2012.

Stv. Spiekermann-Blankertz merkt an, dass die SPD die Erhöhung der Steuersätze mittrage. Er spreche sich jedoch dafür aus, dass die Erhöhung der Steuersätze für 2012 erst im Dezember 2011 beschlossen werde. Durch das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) bleibe der Stadt keine andere Möglichkeit als die Erhöhung der Steuern.

Stv. Mönning weist daraufhin, dass nicht nur das Land sondern auch die Stadt Schuldenpolitik betreiben müsse. Er sehe kein Problem darin, die Steuererhöhung zu beschließen.

Stv. Bontrup teilt die Meinung von Stv. Dr. Waldt. Aufgrund des GFG und des Hallenbades müsse eine Steuererhöhung erfolgen. Er stimme dem Vorschlag der Fraktion Bündnis '90/Die Grünen daher zu.

Stv. Dr. Waldt geht nochmals auf die schwierige Haushaltssituation ein.

Beschluss

(Antrag der CDU-Fraktion)

Der Ansatz in dem Produkt 160104 Finanzierungs- und Liquiditätsmanagement für die Aufnahme von neuen Krediten in Höhe von 2,5 Mio. € wird gestrichen.

-einstimmig-

Stv. Bontrup merkt an, dass die Stadt über ihre Verhältnisse lebe, ob sie jetzt nun Kredite aufnehmen müsse oder nicht. Für die Schulden aufkommen, müsse letztendlich die jüngere Generation.

Stv. Mönning fragt an, ob es nicht sinnvoll sei, bei günstigen Zinsen entsprechende Kredite aufzunehmen anstatt auf Kassenkredite zurückzugreifen.

Herr Tuschmann erklärt, dass Investitionen grundsätzlich nicht durch Kassenkredite finanziert werden.

Stv. Kehl fragt nach, wie die Verwaltung zu dem Antrag der CDU stehe.

Bürgermeister Borgmann merkt an, dass es schwer werde, die Verwaltung jedoch versuchen werde, diesen Gang mit zu gehen.

Produkt 160103 Allgemeine Zuweisungen und Umlagen

Stv. Bontrup weist daraufhin, dass er bisher noch nichts gegenteiliges bezüglich der Schlüsselzuweisungen gehört habe. Er gehe also auch weiterhin davon aus, dass diese lediglich 1,4 Mio. € betragen. Aus diesem Grund könne er den Ansatz in dem Produkt nicht nachvollziehen.

Herr Tuschmann erklärt dass für die Schlüsselzuweisung die Höhe der Gewerbesteuer maßgeblich sei. Hier werde es keine Veränderung geben. Weiterhin gehe er davon aus, dass die Klage gegen das GFG erfolgreich sein werde.

Bürgermeister Borgmann teilt mit, dass laut Innenministerium frühzeitig Gespräche bezüglich des GFG 2012 geführt werden. Im GFG 2011 wurde lediglich der Soziallastenansatz entsprechend angepasst. Sofern auch andere Komponenten mit einbezogen werden, werde Lüdinghausen auch eine höhere Schlüsselzuweisung erhalten

Stv. Schwarzenberg merkt an, dass trotz aller Anstrengungen noch kein Haushaltsausgleich erreicht worden sei. Für die Zukunft sollen keine neuen Schulden gemacht werden. Des Weiteren muss die Finanzplanung umgesetzt werden. Dazu gehöre auch die Vermeidung der Aufnahme neuer Kassenkredite. Eine entsprechende Reaktion auf die fehlende Landeszuweisung sei durch die Kürzung von 500.000,00 € geschehen. Durch die Steuererhöhung wurde auf die vom Hallenbad verursachten Kosten reagiert.

Er weist darauf hin, dass sofern dem Haushalt zugestimmt werde, dies auch die Kürzung um 500.000,00 € beinhalte.

Beschluss:

Dem Rat wird empfohlen, das Budget hinsichtlich der genannten Produkte und den Stellenplan unter Berücksichtigung der Kürzung in den Bereichen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen und sonstiger ordentlicher Aufwendungen in Höhe von 500.000,00 € sowie die Streichung von 2,5 Mio. € im Produkt 160104 zu beschließen.

Ja-Stimmen:14
Nein Stimmen:6
Enthaltungen:0

TOP 7) Berichte

-Fehlanzeige-

TOP 8) Anfragen

Stv. Kehl merkt an, dass auf der Internetseite der Deutschen Bank eine Auswertung über die Geschäfte der Deutschen Bank mit den Kommunen in NRW veröffentlicht worden sei.

Dort sei aufgeführt, dass die Stadt Lüdinghausen in den vergangenen Jahren aufgrund von Swapgeschäften einen Verlust in vierstelliger Höhe eingefahren habe.

Herr Tuschmann erklärt, dass die Stadt lediglich an einem Swapgeschäft beteiligt sei. Dies sei jedoch nicht bei der Deutschen Bank erfolgt. Weiterhin entstünden aus diesem Geschäft weder Gewinne noch Verluste. Vermutlich habe hier eine Verwechslung stattgefunden.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 19:05 Uhr geschlossen.

Bürgermeister Richard Borgmann
Vorsitzende/r

Andrea Planhof
Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

zur 7. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

der Stadt Lüdinghausen am 05.04.2011

anwesend:

Bürgermeister

Borgmann, Richard Bürgermeister	
------------------------------------	--

CDU-Fraktion

Breitbach, Norbert	
Horstmann, Heinrich	
Krüger, Doris	
Möllmann, Bernhard	
Schmidt, Knut	ab TOP 4
Schulze Uphoff, Theo	
Schnittker, Alois	
Waldt, Klaus-Dieter Dr.	
Weiland, Josef	

SPD-Fraktion

Breuer, Herbert	
Knuhr, Willi	
Spiekermann-Blankertz, Michael	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Möller, Norbert	
Mönning, Peter	
Wippich, Rainer	

UWG-Fraktion

Bontrup, Florian	ab TOP 4
Kehl, Markus	
Wischnewski, Susanne	

FDP-Fraktion

Schwarzenberg, Heribert	
Zanirato, Enrico	

von der Verwaltung

Gantefort, Markus	
Karasch, Christine	
Kortendieck, Matthias	
Planhof, Andrea	
Tuschmann, Werner	